

blickpunkt

Nr. 278
Februar 1994

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Es wird langsam ungemütlich!

Am Flughafen Frankfurt gibt es zur Zeit ein paar Entwicklungen, die dem Umland im wahrsten Sinne des Wortes noch schlaflose Nächte bereiten werden.

Noch in diesem Jahr soll direkt am Walldorfer Nordrand mit dem Bau von "Car-go-City-Süd" begonnen werden, im Oktober wird das neue riesige Terminal eröffnet. Es herrsche eine sehr gute, konstruktive Stimmung innerhalb der FAG, meint Dr. Bender, der Chef. Weiteres Wachstum also, noch mehr Krach und Dreck am Himmel und auf der Erde, noch mehr Siedlungsdruck, noch mehr Straßenverkehr und neue Waldverluste. Es wird langsam un-

mütlich im Ballungsraum Rhein-Main. Machen wir uns nichts vor: Cargo-City, das heißt gewaltige Frachthallen, und Bürogebäude. Ein erstes mit 9800 qm Nutzfläche soll schon in zwei Jahren fertig sein, die erste Frachthalle mit 22000 qm kurz danach. Dabei bleibt's nicht. Eine weitere Monsterhalle mit 26000 qm und ein Bürohaus mit 20000 qm sind fest eingepplant. Nur beiläufig wird erwähnt - es werden auch wieder Bäume fallen. Die einen sprechen von 22 ha, die anderen gar von 36 ha Wald. Kaum jemand regt sich noch darüber auf. Vor zwölf Jahren wären die Demonstrationzüge endlos gewesen.

Rudi Hechler

Mehr Fracht und noch mehr Spiel und Spaß

FAG denkt an Cargo City und ein Kommunikationszentrum

Eine wunderhübsche Titelüberschrift leistete sich der "Freitags-Anzeiger", am 3. Februar 1994: "Mehr Fracht und noch mehr Spiel und Spaß".

Um was geht's? Am 20. Dezember 1993 wurde zwischen der BRD, der FAG und der US-Air-Force ein Abkommen unterzeichnet, wonach die Amerikaner für eine Zahlung von 117,5 Millionen DM die Hälfte "ihres" 360-ha-Geländes der FAG überlassen. Vom 180-ha-Zuwachs braucht die FAG aber nur 100 ha für ihre "Cargo-City", der Rest soll für "Spiel und Spaß" sein. FAG-Chef Bender stellt sich einen Freizeitpark mit Rundkino und anderen Unterhaltungsmöglichkeiten vor. Vor allem für den Abend- und Nachtbetrieb. Also Disneyland am Nordrand von Walldorf.

Irgendwie ist das alles pervers. Anstatt darüber nachzudenken, ob man dort nicht den dünnen Waldschutzgürtel wieder etwas dichter machen könnte, plant man einen publicity-trächtigen und wahrscheinlich auch profitablen Freizeitpark. Nur weiter so!

Fröhlich geht die Welt zugrunde. rh



Privatisierung - Rettung in der Not, oder Ausverkauf ?

Die Städte und Gemeinden in unserem Land sind durch immer neue Belastungen, die ihnen von Bonn und den Ländern auferlegt werden, aber auch durch die immer geringer werdenden Einnahmen im Verhältnis zu ihren Aufgaben, an einem Punkt angelangt, wo sie vor der Frage stehen, immer neue Kosten auf die Bürger abzuwälzen, oder den Konkurs anzumelden. Da Letzteres nicht möglich ist, läßt sich so manche Rathauspartei allerlei Schlechtigkeiten einfallen. Privatisierung von städtischem Eigentum, so glaubt mancher Stadtkämmerer, wäre das Allheilmittel. Die Frankfurter SPD/Grünen-Stadtregieurung verkauft städtische Wohnungen, auch wenn die, die darin wohnen, sie nicht kaufen können. Ja sogar die Stadtwerke und die alte Oper, die Abfallbeseitigung oder die Stadtentwässerung nimmt man bei Total- oder Teilverkäufen nicht aus. Offenbachs Bürgermeister Grandke (SPD), rühmt sich als Obersparkommissar. Er schließt ein Schwimmbad nach dem anderen und verkauft das einzige Theater in der Stadt an einen privaten Investor.

Nun regt sich auch die CDU in Mörfelden-Walldorf zu diesem Thema. Ihre Bürgermeisterkandidatin Ursula Jung zeigt auf, wie sie die Finanzmisere der Stadt beheben möchte. Ins Auge faßt sie die Privatisierung des Bauhofes, der Straßenreinigung und der Kläranlage. Auch so manches städtische Gebäude möchte sie versilbern. Dabei wirft sich die Frage auf, was geschieht, wenn das alles erst einmal verkauft ist, denn neue Schulden sind vorprogrammiert.

Privatisierungen sind kein Allheilmittel. Dadurch werden nur vordergründig Löcher im Stadtsäckel gestopft. Außerdem dürfte klar sein, daß Privatisierungen in vielen Fällen Arbeitsplätze vernichten, denn private Investoren werden rigoros auf Kosten der Beschäftigten Gewinne erwirtschaften wollen. Wer aber Arbeitsplätze vernichtet, anstatt

welche zu schaffen, wird neue Armut erzeugen und wird den Kreis der Sozialhilfeempfänger vergrößern, die wiederum den Etat der Stadt belasten. Bei all den Privatisierungsmaßnahmen muß man aber auch einmal die Frage stellen, wo haben denn die Privatinvestoren die Mittel her, um solche Objekte zu kaufen. Hier geht ein Umverteilen von Allgemeingut in Privateigentum vor sich. Demokratische Einflußnahme und kommunale Selbstverwaltung werden dadurch leichtfertig geopfert.

Heinz Hechler



DISKUSSION

Wenn Autos zur Plage werden

Schon oft wurde auf die steigende Belastung durch den Autoverkehr in unserer Stadt Stellung genommen. Wir schreiben von der Ausweitung der Baugebiete, ohne daß Maßnahmen der Verkehrsführung und -lenkung in der Innenstadt vorgenommen wurden. Die geschurigelten Bürger entwickelten in der Vergangenheit wenig Protestinitiativen, um eine Milderung der Belastungen zu erreichen. Über Unterschriftenlisten und Protestschreiben kamen die Aktionen nicht hinaus. Dies reicht aber eben nicht aus. Die "Politik" reagierte mit Vertröstungen und Beschwichtigungen.

An die endlose Geschichte der Südumgehung sollte an dieser Stelle erinnert werden. Sie ist schon über 25 Jahre in der Planung; und heute ist noch nicht einmal ungefähr absehbar, wann diese Umgehungsstraße Realität wird. Eine andere Streckenführung bringt aber keine effiziente Entlastung vom Durchgangsverkehr. Eine innerstädtische Entkrampfung ist aber erst durch die Herausnahme der beiden Bundesstraßen in Mörfelden zu erreichen.

Alternativen zur Südumgehung wurden in der Vergangenheit genannt. Z. B. die Nordumfahrung mit der Anbindung der Industriestraße an die B44 (sie wurde im Herbst letzten Jahres ihrer Bestimmung übergeben). Die Fortsetzung dieser Straße (Querspange oder Wageninger Straße genannt) ist in der Pla-

nung, man erwartet lt. Haushaltsplanentwurf 1994 die Zuschußbewilligung des Landes. Diese Straße ist als Zubringer zur Bundesautobahn deklariert. Wir stellten an den Magistrat folgende Fragen:

1. *Wir weit sind die Planungen zum Straßenbauprojekt Querspange/Wageninger Straße gediehen?*

- a) *Welches Büro betreibt die Planung?*
 - b) *Auf welches Zahlenmaterial stützt sich die Planung?*
 - c) *Gibt es Erhebungen, welche Verkehrsentlastung in den beiden Stadtteilen zu erwarten ist?*
 - d) *Gibt es Erhebungen/Prognosen/Berechnungen, welche Verkehrsbelastungen im Verlauf der Straßen (einschl. Vitrollesring, Langener Str. - südlicher Teil -, Okrifteler Str., Nordring, Aschaffener Str.) zu erwarten sind?*
2. *Wann wurden die letzten Verkehrszählungen durchgeführt, die für dieses Straßenprojekt dienen können?*
 3. *Liegt ein ökologisches Gutachten/Bewertung vor? Wenn ja, aus welcher Zeit?*
 4. *Ist eine Ausgleichsbilanzierung erforderlich? Wenn ja, wie wird dem Rechnung getragen?*
 5. *Liegt ein Bezuschussungsbescheid des Landes vor, bzw. wann ist damit zu rechnen?*
 6. *Welche Kosten verschlingt das Projekt schätzungsweise? Wieviel Prozent davon tragen Land/Bund/Bahn?*

rd

Initiativen der DKP/OL-Fraktion im Stadtparlament:

Anträge

"Für die Berufung einer Frauenbeauftragten wird eine parlamentarische Arbeitsgruppe einberufen.

Diese Arbeitsgruppe besteht aus Vertreterinnen der örtlichen Frauenorganisationen, Vertreterinnen von sozialen und kirchlichen Einrichtungen, sachkundigen Bürgerinnen und KommunalpolitikerInnen.

Die Arbeitsgruppe erarbeitet Empfehlungen hinsichtlich der Aufgabenbereiche, Kompetenzen und Ausstattung der zukünftigen Frauenbeauftragten.

Bei dem Ausschreibungs- und Einstellungsverfahren ist die Arbeitsgruppe einzubeziehen."

Begründung:

Zur Berufung einer Frauenbeauftragten kann eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Die zukünftige Frauenbeauftragte soll mit den örtlichen Frauengruppen und -organisationen sowie sozialen Einrichtungen, die sich mit Frau-

enproblemen befassen zusammenarbeiten, um die Lebenssituation der Frauen am Ort zu verbessern und zu verändern. Daher ist es wichtig, daß bereits vor einer Einstellung einer Frauenbeauftragten, sachkundige Frauen einbezogen werden.

"Am Altenhilfezentrum in Mörfelden werden zwei Behindertenparkplätze eingerichtet."

Begründung:

Wiederholt konnte beobachtet werden, daß Behinderte, die entweder einen Besuch im Altenpflegeheim machen oder ins Therapeutikum wollten, keinen nahen Parkplatz finden konnten. Da dies relativ häufig vorkommt, schlagen wir vor, drei Parkplätze längs der Schubertstraße (ergeben zwei Behindertenparkplätze) umzuwidmen und zu markieren.

"Alle Pkw-Parkplätze im Bereich altes Rathaus/Polizeistation Mörfelden werden als Kurzzeitparkplätze (2 Std.) ausgewiesen".

Begründung:

Um vielen Klagen aus der Bevölkerung Rechnung zu tragen, sollten die vorhandenen Parkplätze in dem genannten Bereich keine Dauerparkplätze sein.

Wiederholt konnte beobachtet werden, daß dieser Platz als Park-and-Ride-Platz für FVV-Benutzer in Anspruch genommen wird. Dafür bietet sich eher der Festplatz in etwa gleicher Entfernung zum Bahnhof an, solange P+R-Plätze in unmittelbarer Bahnhofsnähe nicht zur Verfügung stehen.

Anfrage

"Auf dem Wasserturm in Mörfelden und an verschiedenen anderen Stellen in Mörfelden und Walldorf (z.B. Am Berg) sind leistungsstarke Antennen installiert. Kann man sicher sein, daß von dort keine Gefährdung durch "Elektrosmog" ausgeht?"

Begründung:

In vielen Städten und Gemeinden der BRD gibt es Klagen von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Installation solcher Antennen in Wohngebieten wg. möglicher Gesundheitsschäden.

Besonders am Wasserturm von Mörfelden sollte dies genau geprüft werden, da sich direkt darunter ein Kindergarten und dichte Wohnbebauung befindet.

**Wo sitzen die
Arbeitsplatz-Killer?
Sie sitzen
noch nicht.**

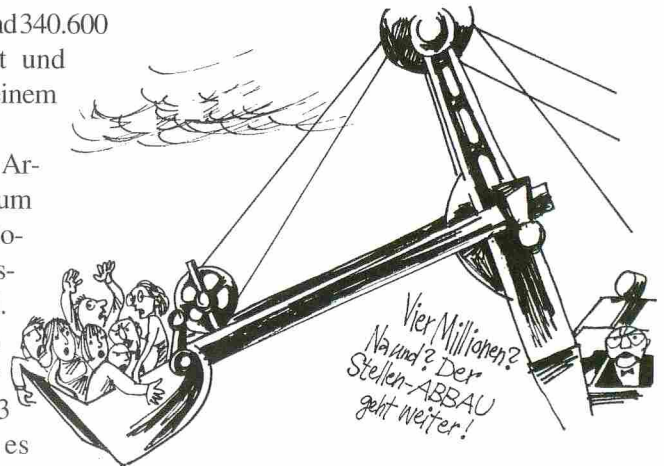
Neue historische Marke: Jetzt über 4 Mill. Erwerbslose

Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik sind in Deutschland offiziell mehr als vier Millionen Menschen arbeitslos. Im Januar waren 4,029 Millionen Erwerbslose bei den Arbeitsämtern in Ost

und West registriert, das sind 340.600 mehr als im Vormonat und 577.000 mehr als vor einem Jahr.

In der Alt-BRD stieg die Arbeitslosenzahl im Januar um 222.400 auf 2,736 Millionen an. Das ist hier die bislang höchste Monatszahl. Die Quote erhöhte sich von 8,1 auf 8,8 Prozent. Vor einem Jahr lag sie bei 7,3 Prozent. Damals gab es 479.000 Arbeitslose weniger.

Im Osten wuchs die Arbeitslosenzahl um 118.200 auf 1,293 Millionen, die Quote beträgt 17 Prozent. Im Vormonat lag sie noch bei 15,4, vor Jahresfrist bei 15,7 Prozent. Damals waren 99.100 Arbeitslose weniger gemeldet. Hier hat sich die Kürzung der Arbeitsmarktmitel stark bemerkbar gemacht. Durch ABM und berufliche Bildung wurde der



Ostarbeitsmarkt im Januar dennoch um rund 1,3 Millionen Menschen entlastet, jedoch um 50.000 weniger als im Vormonat und 400.000 weniger als vor einem Jahr. Im Westen ist im Januar auch die Beschäftigtenzahl weiter gesunken. Ende Dezember gab es 28,79 Millionen Erwerbstätige, gut 600.000 weniger als vor einem Jahr.

Wohin rutscht die SPD?

Viele Linke sind erschrocken, wie schnell die SPD zur Zeit nach rechts rutscht. In einem FR-Leserbrief meldete sich dieser Tage ein Sozialdemokrat zu Wort, dessen Besorgnis viele nachfühlen können. Er schreibt u.a.:

“Als Sozialdemokrat brauche ich die PDS sicherlich nicht sonderlich sympathisch zu finden, um deren Vordenker Gregor Gysi trotzdem zuzustimmen, wenn er im FR-Interview davon spricht, daß die Linken in der SPD - und als solchen würde ich mich selbst definieren - irgendwann einmal eine Schlußfolgerung daraus ziehen müssen, daß sie sich zumindest im letzten Jahrzehnt in kaum einer Frage durchsetzen konnten. Die bundesrepublikanische Gesellschaft zeichnet sich im fünften Jahr nach der Vereinigung Deutschlands dadurch aus, daß der braune Ungeist allerorten fröhliche Urständ feiert und von einem Teil der etablierten Parteien, wie etwa der CSU, hoffähig gemacht wird. Gewalttätige Übergriffe gegen Ausländer, Behinderte und alle, die anders sind als die Mehrheit, gehören zum tagtäglichen Geschehen in dieser Republik. Und die SPD? Meine Partei trägt maßgebliche Mitschuld an dem tiefgreifenden Rechtsruck in der Bundesrepublik. Ich nenne nur die faktische Abschaffung des Menschenrechtes auf Asyl, den geplanten großen Lauschangriff (auch der Spähangriff wird diskutiert), sowie ausländerfeindliche Äußerungen bestimmter SPD Kommunalpolitiker. In der einst geschlossenen, zum linken Flügel der Partei gehörenden Jugendorganisation, den Jusos gibt es inzwischen Bestrebungen, durch eine Umbenennung in “junge Sozialdemokraten” auch der Jugendorganisation die konkrete Utopie des demokratischen Sozialismus quasi per Satzung wegzuperieren. Überhaupt, vom demokratischen Sozialismus redet in der Partei so gut wie keiner mehr. Als ob sich der Sozialismus im SPD-Sinne durch das Scheitern des autoritären sogenannten realen Sozialismus in den osteuropäischen Staaten an sich erledigt hätte. In der SPD geben heute in erster Linie die

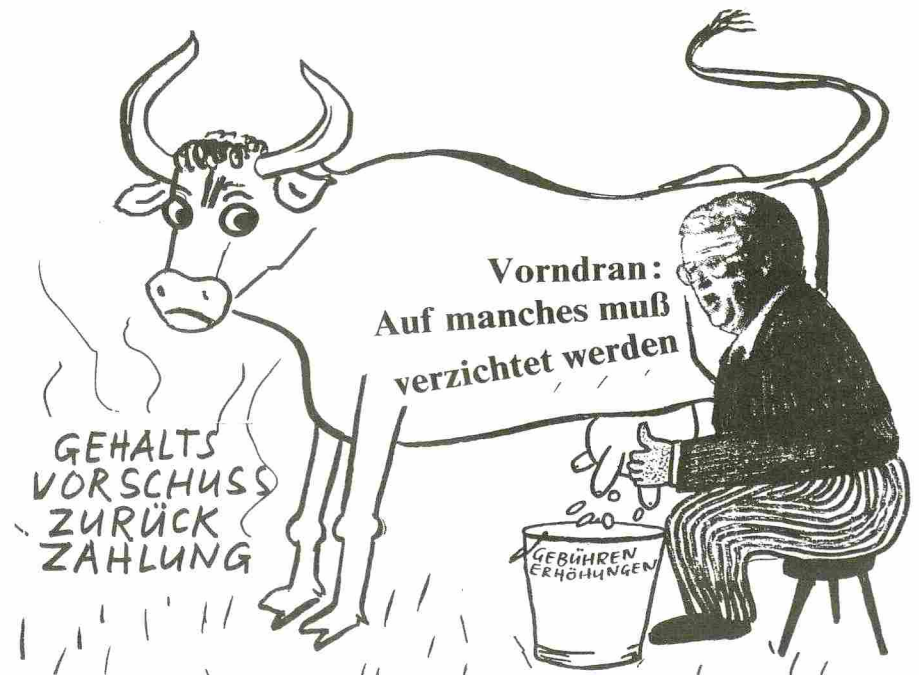
Vertreter eines aalglatten, technokratischen und populistischen Politikverständnisses den Ton an. Ja, es ist so, die Linke in der SPD muß begreifen, daß sie aus den Niederlagen der letzten Jahre die Konsequenzen ziehen muß und sich ohne taktische Spielchen zur Fundamentalopposition in der SPD entwickeln muß. Der Kampf für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus ist heute nötiger denn je. Um diesen Kampf wieder zu führen, braucht die SPD mit Sicherheit wieder Anstöße von außen, vielleicht auch von der PDS.” Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Diskussionen in der SPD um Äußerungen des ehrenamtlichen Stadtrats und SPD-Bundestagskandidaten Diether Dehm über “Macht und Reichtum der Großbanken”. Berichten einer Frankfurter Zeitung zufolge soll Dehm in einer öffentlichen Diskussion die Großbanken als “Krebsgeschwüre” bezeichnet haben. Aber da kriegt er sofort eins auf die Mütze. SPD-Vorstandsmitglied und Stadtver-

ordneter Hans Busch kritisiert Dehm scharf. Er wies auf die Ansiedlung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt sowie auf die Bemühungen des rotgrünen Magistrats und des Oberbürgermeisters hin, die Bankenstadt weiterzuentwickeln.

Auch Franz Frey, der Fraktionsgeschäftsführer der SPD kritisierte Dehm und wies unter anderem auf die 60000 Arbeitsplätze bei den Frankfurter Banken hin.

Dehm erklärte dazu, er habe “Macht und Reichtum” der Banken weltweit wie ein Krebsgeschwür bezeichnet, nicht aber die Großbanken selbst. “Die Wahrheit ist: die Politik von Weltbank und IWF gegen die armen Länder heißt Hunger und Völkermord.” Es sei das Bankenskapital gewesen, das Hitler wesentlich an die Macht finanziert habe.

Beiläufig, in der örtlichen SPD haben wir ja vielleicht auch jemand, der richtiges denkt wie Dehm - nur - der sagt nix.



Wasserspiele

In den Rathaussitzungsräumen steht seit langen Zeiten bei Sitzungen ein Kasten Mineralwasser. Die Stadtverordneten, allesamt Freizeitpolitiker, können sich bei ihren oft endlos währenden Tagungen bedienen.

Nun will der städtische "Hohe Sparkommissar" das Wasser einsparen. So eine Art Rache - immerhin gibts's noch keinen Haushalt.

Im vergangenen Jahr konnte Vorndran auch nicht vom Wasser lassen, er kürzte die Laufzeit der Wasserspiele im Schwimmbad.

Ob der Kämmerer eigentlich merkt, daß er sich mit dieser Korinthenkackerei selbst allmählich das Wasser abgräbt?

Kein Geld - aber Milliarden-Verluste durch Steuerhinterziehung

Bei jeder Sitzung hören die Stadtverordneten: "Es ist kein Geld mehr da!" Zu diesem Thema gibt es fast in jedem "blickpunkt" einen Beitrag. Kein Geld? Dazu auch heute ein Beispiel:

Mindestens 100 Milliarden Mark an Einnahmen, so die Experten, dürften dem Staat mangels hinreichender Betriebsprüfung und Steuerfahndung alljährlich verlorengehen. Der Personalnotstand in den Finanzämtern ist nur ein Grund dafür. Tatsächlich lassen die zuständigen Bundesländer absichtlich die Zügel schleifen: Keines möchte durch besonders rigoroses Eintreiben der Abgaben als Unternehmerfeind gelten und Investoren an andere Regionen verlieren. Horst Rothenbach, bei der Gewerkschaft ÖTV für die Länderfinanzverwaltung zuständiger Experte: "Wenn ein Land mit großem Kosten- und Personalaufwand besonders viele Steuern kassiert, geht der Löwenanteil davon an den Bund und in den Länderfinanzausgleich. Unterm Strich würde es dabei sogar noch Verlust einfahren. Zudem ist eine schlagkräftige Finanzverwaltung nirgends ein Argument für neue Gewerbesiedlung; kein Unternehmer stellt eine Fabrik in eine Gegend, wo ihm ständig Beamte auf den Fersen sind." Deshalb will niemand den Vorreiter für eine intensivere Steuerprüfung spielen. Und daher zählen die alten Bundesländer lediglich rund 11000 Betriebsprüfer und 1000 Steuerfahnder. Nach Ansicht der ÖTV müßten es doppelt so viele sein. Großunternehmen ab 350000 Mark Gewinn und Freiberufler über 150000 Mark Umsatz sollten ständig, also jährlich, unter die Lupe genommen werden. Sie sind jedoch nach einer Statistik des Bonner Finanzministeriums nur alle vier bis fünf Jahre dran. Bei mittleren Firmen hat sich der Turnus vom Soll - alle vier bis sechs Jahre - seit 1988 laufend weiter entfernt und zuletzt auf mehr als zehn

Jahre verlängert. Unter den 3,3 Millionen Kleinbetrieben, die einmal in zehn bis zwölf Jahren an der Reihe sein sollten, klingelt nur bei etwa 100000 pro Jahr der Mann vom Finanzamt. Eine solche Firma muß also rein rechnerisch nur alle 33 Jahre auf eine Kontrolle gefaßt sein. Das Bonner Finanzministerium stuft diese Unternehmen als "nicht prüfungsrelevant" ein, was vom Ergebnis her auch nachzuvollziehen ist: Etwa 90 Prozent der zusätzlich hereingeholten Gelder stammen aus Groß- und Mittelbetrieben. Doch bei letzteren täuscht selbst der statistische Durchschnitt von

Modewörter - Zeitgeist - kreativer Wortschatz...

Wörter werden neu gebildet, werden aufgegriffen, wiederholt und quasi prämiert. Die Wörter "Überfremdung", "kollektiver Freizeitpark", "Sozialleichen" wurden als "Unwörter" ausgesucht. Sie sind mit negativem Gedanken hintergrund besetzt. Ein Wort gilt schon als Ausdruck der Geisteshaltung. **Überfremdung:** In der CSU geboren, von Stoiber und Waigel ausgesprochen, macht es die Runde. Gemeint ist damit die unterschwellige Angst gegen alles Fremde, gegen Asylbewerber, Ausländer, kurzum alle, die uns etwas wegnehmen wollen. Die Angst, am Ende des Prozesses nicht mehr reinrassiger Deutscher zu sein. Da werden Assoziationen zu gestern hergestellt, als man von arischer Rasse sprach, von Herrenmensch und Untermensch, lebenswertem und lebensunwertem Leben...

Kollektiver Freizeitpark:

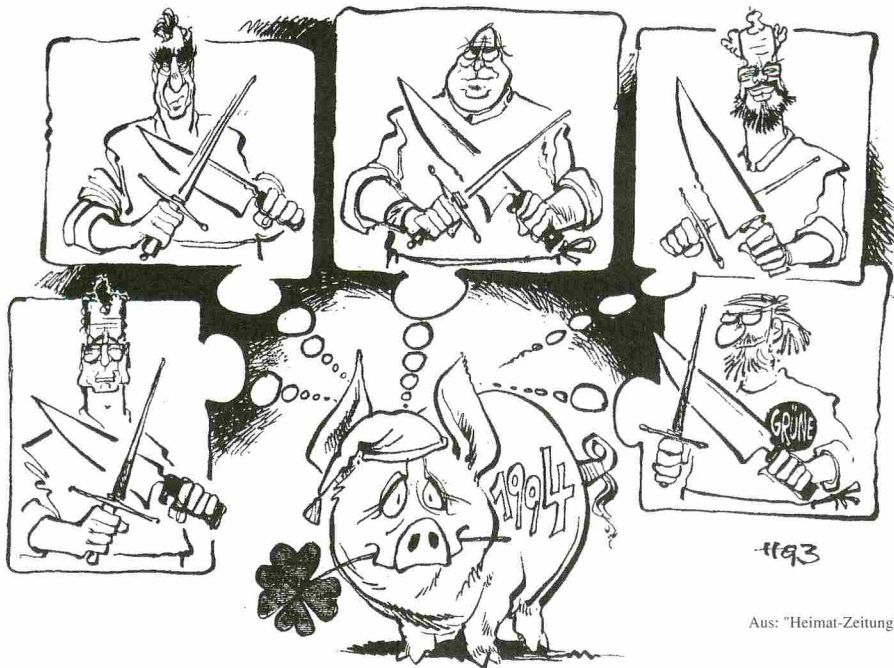
In der CDU geboren, von Kanzler Kohl ausgesprochen. Die Diskussion um den "Standort Deutschland", den Abbau von

Prüfungen alle vier bis fünf Jahre: Eine Großbank in Hessen wurde zehn Jahre lang nicht ein einziges Mal kontrolliert; ein anderes Geldinstitut ging bereits in das elfte Jahr seit seiner Gründung, ohne daß ein Finanzbeamter vorbeigeschaut hätte. Betriebsprüfer und Steuerfahnder bringen pro Kopf und Jahr mehr als eine Million ein. Dabei liegt der Anteil der echten Nachforderungen, wie die Bonner einräumen, "vermutlich über 50 Prozent". Gelder also, die ohne Prüfung durch die Lappen gegangen wären. Es läßt sich leicht ausrechnen, wie viele Steuer-Milliarden der Staat verschenkt, wenn er auf zusätzliches Personal verzichtet. Steuerbetrüger müssen in dieser Republik nicht allzuviel befürchten. Trotz Strafverfolgungszwang können mangels Personal nicht alle gewichtigen Steuerstraftaten verfolgt werden. In Teilbereichen gibt es faktisch keine Strafverfolgung mehr. (aus: FR)

Sozialleistungen, das Abwälzen der Wirtschaftskrise auf die kleinen Leute, stand Pate bei der Wortschöpfung. Gemeint ist die angebliche Notwendigkeit zur Reduzierung von Urlaub, der Erweiterung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit. Wenn alle die Ärmel hochkrepeln, auf ihre erkämpften Sozial- und Tarifrechte verzichten, wird die Krise gemeistert...

Sozialleichen: Damit sind in zynischer Weise die gemeint, die endgültig durch das soziale Netz gefallen sind. Die von der Krankenkasse ausgesteuert sind, die Langzeitarbeitslosen, die keinen Job mehr finden, die am Rande der Gesellschaft dahinvegetieren.

Mit diesen drei Wörtern ist nur ein Beispiel gegeben, wie Wörter ein Programm vermitteln können, wie entlarvend ein achtlos dahergesagtes Wort sein kann. Die Wörter ließen sich beliebig fortsetzen. Man spricht von "schlanker Produktion" (lean production), meint damit die "Verschlankung", das "Abschlanken" von Betrieben und verschleiert damit die Vernichtung von Arbeitsplätzen. "Ausländerfrei" und "ethnische Säuberungen" kommen Deutschen wieder über die Lippen - pfui Teufel!
R.Dötsch



Aus: "Heimat-Zeitung"

Jetzt geht's los!

Kanzler Kohl will um "jede Stimme kämpfen". Sein "General" mit dem Konfirmanden-Outfit nannte den Oggersheimer "unser stärkstes Pfund". Waigel will "Wähler rechts von der Mitte". Es wird mit "Enthüllungen" gearbeitet, die keine sind. Wahlkampf ist nur noch Dreckwerferei.

Aber auch auf anderen Ebenen wird es zunehmend unappetitlicher. In unserer Stadt greift die CDU nach dem Bürgermeisterposten und hat gerade mit den ersten sieben Seiten eines Wahltextes die Schlacht eingeleitet.

Allerdings zeigt sich, oben und unten können noch so forsche Sprüche die Unsicherheit und Ängstlichkeit der Schwarzen vor dem Superwahljahr '94 nicht aus der Welt schaffen. Dem Volk in Ost und West ist längst aufgegangen, daß die gefeierte "Einheit" nicht nur mißriet, sondern auch eine politisch-kriminelle Schleimspur hinterläßt, auf der die Konservativen reihenweise auszurutschen drohen.

Statt der Kohl'schen "blühenden Landschaften", gibt es die totale Plattmache und Abräume im Osten und die immer schnellere Talfahrt im Westen. Es gibt die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1949 und das Entlassen, Stilllegen und Feuern geht Tag für Tag weiter.

Es gibt 1,5 Billionen DM Staatsschulden, das sind 1500 Milliarden. (Waigel machte mehr Schulden als alle 14 Finanzminister zusammen, die vor ihm in Bonn auf seinem Stuhl saßen.)

Fast 10 Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze.

Wir haben total verunsicherte Rentner, die ihre Altersversorgung durch die CDU/CSU-Politik in Frage gestellt sehen.

Auf dem Wohnungsmarkt fehlen Millionen Wohnungen. Die Mieten steigen unaufhörlich, ebenso die Obdachlosigkeit.

Es gibt empörte und betrogene Frauen, die nicht nur den größten Anteil an der Massenarbeitslosigkeit stellen, die auch wieder unter die Knute des § 218 gepresst werden.

Wir haben Gewerkschaften, denen die Tarifautonomie genommen werden soll und deren Mitglieder jetzt von Kapital und Kabinett Null- und Minusrunden in Tarif- und Manteltarif-Verhandlungen verordnet werden.

Deshalb gibt es auch eine weitgehende Parteien- und Politikverdrossenheit, die durch Selbstbedienungsmentalität der Minister und Politiker wie Möllemann, Krause und andere Bonner Lichtgestalten, durch Affären und Skandale wie die überhöhten Ministergehälter in Sach-

Wahlen

Bundestagswahlen: 16. Oktober
Wahl des Bundespräsidenten: 23. Mai

Europa-Wahl: 12. Juni

Landtagswahlen:

in Niedersachsen, Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Bayern.

Kommunal-Wahlen:

in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen.

Direktwahl Bürgermeister Mörfelden-Walldorf:

voraussichtlich April 1995.

Wahl des Ersten Stadtrates in der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf: 1996.

sen-Anhalt und in Thüringen, oder die Lotto-Lobby in Hessen und viele andere Pleiten und Pannen, etwa in Bad Kleinen, ausgelöst und genährt wird. Wir haben abgeschaffte Asylgesetze und ein mörderisches Ansteigen rassistischer, ausländerfeindlicher Gewalt, die ungehindert in neofaschistischen Organisationen auf Straßen und Plätzen und vor Ausländerwohnheimen aufmarschieren kann.

Und wir erlebten einen großkotzigen Militäreinsatz in Somalia, der insgesamt rund eine Milliarde kostet und dem Volk am Horn von Afrika einen gebohrten Brunnen brachte, der inzwischen wieder versiegt ist.

Das ist der Zustand der Republik im Superwahljahr.

Auch Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten sollte man fragen, welche Meinung sie zu den geschilderten Fakten haben. Vor allem aber die bezahlten Meinungsmacher der "Schwarzen" in Bonn und anderswo, werden sich jedenfalls ganz schön anstrengen müssen.

*Das Gesetz in seiner ehernen
Majestät verbietet es dem
Armen wie dem Reichen, Brot
zu stehlen und unter Brücken
zu nächtigen.*

Anatole France

Der Katalog der Grausamkeiten

Jeder kann es heute erleben: Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer. Für alle gelten Gesetze und vor diesen Gesetzen sind alle gleich. Der Schriftsteller Anatole France hinterfragt diese "Ordnung". Politiker, vor allem auch Sozialdemokraten, sollten es auch hin und wieder tun.

Jetzt sind mal wieder Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, kinderreiche Familien und Ausländer die Opfer des rigorosen Kürzungsetats der Regierung. Das Wort des Jahres "Sozialabbau" wurde für die Ärmsten der Armen ab dem 1.1.1994 grausamer Alltag. Und dem Kanzler und seinem Einpeitscher Schäuble reicht das immer noch nicht, weitere Einschnitte bei den Sozialausgaben sind angekündigt. Hier der Katalog der beschlossenen Grausamkeiten:

- Das Arbeitslosengeld wird für Erwerbslose ohne Kinder um drei Prozentpunkte gesenkt. Es beträgt künftig 60 statt 63 Prozent des pauschalen Nettoarbeitsentgeltes.
- Eine im Umfang gleich bemessene Kürzung erfolgt bei der Arbeitslosenhilfe, bei Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld sowie Eingliederungsgeld und -hilfe für Spätaussiedler.
- Die Arbeitslosenhilfe für Erwerbslose, die noch keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet haben, wird nur noch für die Dauer eines Jahres gezahlt.
- Das Schlechtwettergeld wird ab 1. März 1996 ganz gestrichen.

● Das Unterhaltsgeld bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, sowie das Übergangsgeld bei beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen wird um 5 Prozentpunkte gekürzt.

● Das Unterhaltsgeld wird von der Pflicht- in eine Kann-Leistung umgewandelt, also nur noch nach Ermessen der prüfenden Instanz gewährt.

● Der Bemessungszeitraum für die Berechnung der Höhe von Arbeitslosen- und Unterhaltsgeld sowie von Arbeitslosenhilfe wird von drei auf sechs Monate verlängert.

● Der Beitragssatz zur Rentenversicherung steigt von 17,5 auf 19,2 Prozent.

● Die Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung von Arbeitnehmern, die noch in Beschäftigung stehen, wird künftig auf diejenigen beschränkt, die unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder keinen beruflichen Abschluß haben.

● Die Höchstbezugsdauer von Eingliederungshilfen für Spätaussiedler wird auf sechs Monate begrenzt.

● Empfänger von Altersübergangsgeld werden ab 1995 verpflichtet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die gesetzliche Altersrente in Anspruch zu nehmen.

● Die private Arbeitsvermittlung wird zugelassen.

● Die Benzinsteuern werden um 16 Pfennige sowie auf Diesel um 7 Pfennige erhöht. Die KFZ-Steuer für Diesel-PKW steigt um 7,50 DM je 100 Kubikzentimeter Hubraum.

● Die bisherige Verpflichtung des Bundes, den Krankenkassen für jede ihrer Anspruchsberechtigten auf Mutterchaftsgeld einen Pauschalbetrag von 400,- DM zu gewähren, wird gestrichen.

● Der Eigenanteil bei Krankenhausbehandlungen steigt von elf auf zwölf DM

je Tag. Er muß für höchstens 14 Tage bezahlt werden. Ohne Zeitbegrenzung gilt dieser Eigenanteil auch für Kuren.

● Der Strom wird um einen Prozentpunkt teurer, weil der Kohlepfennig von durchschnittlich 7,5 auf 8,5 Prozent Zuschlag auf die Stromrechnung erhöht wird.

● Der Preis pro Tarifeinheit erhöht sich bei Telefonkarten von 23 auf 30 Pfennig.

Kleiner Nachtrag:

Das Durchschnittsgehalt je Vorstandsmitglied beträgt bei Bertelsmann 3 Millionen, bei BMW 2,2 Millionen, bei Daimler Benz 1,9 Millionen DM! Und die das Sparen predigenden Politiker sehen auch nicht schlecht aus. So kassiert der Bundeskanzler 469000 DM, Norbert Blüm 406000 DM, Johannes Rau 390000 DM und Rudolf Scharping 334000 DM.

Und da gibt es, auch in unserer Stadt, Leute, die Politikverdrossenheit beklagen - in Wirklichkeit ist es etwas anderes - die Menschen haben es einfach satt, daß man ihnen ständig in die Taschen greift, während man sich weiter oben schamlos bereichert.

*Soll das heißen, daß wir
draußen bleiben
Ungeladen in der Kälte sitzen
müssen
Weil da große Herrn geruhen,
uns vorzuschreiben
Was da zukommt uns an Leiden
und Genüssen?*

*Besser scheint's uns doch,
aufzubegehren
Und auf keine kleinste Freude
zu verzichten
Und die Leidensstifter kräftig
abzuwehren
Und die Welt uns endlich
häuslich einzurichten!*

Bertolt Brecht

Stadtgeschichten



Beim ersten Betrachten des heutigen Fotos kommen unweigerlich Gedanken an Fastnacht auf, aber von Kätha Gahn, einem der verkleideten Mädchen, war zu erfahren, daß es sich um die Theatergruppe der "Freien Turner" in Walldorf handelt. Die Aufnahme entstand etwa im Jahre 1929/30 im Hof der damaligen Vereinsgaststätte "Nohl" in der Mörfelder Straße. Aufgeführt wurde das Theaterstück "Präziosa".



Auf dem Foto sehen wir von links Adolf Wilker, Lieschen Wilhelm (geb. Zwilling), Kätchen Baumann (geb. Raiß), Paul Napiontek, Heinrich Markolf, Kätha Gahn (geb. Schmitt) und Georg Klein.

Aufmerksam

Ein aufmerksamer "blickpunkt"-Leser aus Mörfelden-Süd (Sachsenhausen) hat es gemerkt.

Im Januar-"blickpunkt" war ein Bild, das den überschwemmten Wilhelminenweg zeigte. Im "blickpunkt" stand fälschlicherweise "Darmstädter Straße."

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!
Unser Konto:
Kreissparkasse GG,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

UZ Zeitung
der **DKP**

**Probeexemplare
bestellen!**

**Hoffnungstr. 18,
45127 Essen**



**Internationaler
Frauentag**

**Veranstaltung der DKP
Mörfelden-Walldorf**

**Mittwoch, 9. März '94,
19 Uhr,
Bürgerhaus, Clubraum**